



Schweizerische Eidgenossenschaft
Confédération suisse
Confederazione Svizzera
Confederaziun svizra

Jahresbericht 2012

**des Bundesrates
über die Teilnahme der Schweiz am
Euro-Atlantischen Partnerschaftsrat
und an der
Partnerschaft für den Frieden**

Bern, 10. April 2013

Inhaltsverzeichnis

1. Überblick	3
2. Konsultationen im Euro-Atlantischen Partnerschaftsrat (EAPC) und im Rahmen flexibler Formate	5
2.1 Gipfeltreffen	5
2.2 Ministertreffen	5
2.3 Treffen der Armeechefs	6
2.4 Politische Konsultationen und Treffen auf Ebene der Botschafter	6
2.5 Ständige militärische Vertretung und Treffen des Militärausschusses	7
2.6 Bilaterale Besuche	8
3. Zusammenarbeit in der Partnerschaft für den Frieden (PfP)	10
3.1 Zusammenarbeit in zivilen Bereichen	10
3.1.1 Sicherheitssektorreform, Aufbau von Verteidigungsinstitutionen	10
3.1.2 Humanitäres Völkerrecht	10
3.1.3 Beteiligung der Schweiz an Treuhandfonds	11
3.1.4 Zivile Notfallplanung	11
3.1.5 Zusammenarbeit im Bereich Krisenmanagement	12
3.1.6 Weitere zivile Aktivitäten	12
3.2 Zusammenarbeit in militärischen Bereichen	13
3.2.1 Streitkräfteentwicklung und Standardisierung	13
3.2.2 Ausbildungszusammenarbeit	14
3.2.3 Rüstungstechnische Forschung und Entwicklung	14
4. Aktivitäten der Genfer Zentren und der Forschungsstelle für Sicherheitspolitik an der ETH Zürich	16
4.1 Genfer Zentrum für Sicherheitspolitik	16
4.2 Genfer Zentrum für die Demokratische Kontrolle der Streitkräfte	16
4.3 Forschungsstelle für Sicherheitspolitik an der ETH Zürich	18
5. Anhang	20
5.1 PfP-Ausbildungskurse der Schweiz	20
5.2 Weitere Veranstaltungen	23
5.3 Finanzen	24
5.4 Abkürzungen	25
5.5 Links	25

1. Überblick

Die Nato beschäftigte sich auch 2012 prioritär mit den im November 2010 eingeläuteten Reformbestreben. Daneben standen wiederum die friedensunterstützenden Operationen in Afghanistan (ISAF) und im Kosovo (KFOR) im Zentrum der Diskussion.

An beiden Operationen, die unter einem Mandat der UNO erfolgen und von der Nato geführt werden, beteiligen sich neben Mitgliedstaaten der Allianz auch zahlreiche Partnerstaaten, die zu den entsprechenden Konsultationen und einsatzbezogenen Gesprächen regelmässig beigezogen werden. Im Fall Afghanistans stand die Übergabe der Sicherheitsverantwortung an die lokalen Sicherheitskräfte und der für 2014 geplante Abzug der Kampftruppen im Zentrum der Diskussionen. Am Nato-Gipfeltreffen im Mai wurden die Pläne für eine Nachfolgemission zur ISAF etwas konkreter vorgestellt. Ziel der Mission soll die Ausbildung der afghanischen Sicherheitskräfte sein.

Die Schweiz nimmt regelmässig an den Konsultationen zum Kosovo-Einsatz teil, wo sie mit der Swisscoy weiterhin ein militärisches Kontingent von rund 220 Angehörigen der Armee und zwei Transporthelikoptern unterhält. Im Juni 2011 hatte das Parlament einer Mandatsverlängerung der Swisscoy bis Ende 2014 zugestimmt. Gleichzeitig wurde der Bundesrat ermächtigt, die maximale Kontingentsgrösse von 220 Armeeangehörigen während längstens 12 Monaten mit maximal 80 weiteren Armeeangehörigen aufzustocken. Anfang 2012 hat die Schweiz das Kommando über das *Joint Regional Detachment* Nord übernommen, das im September 2012 um ein weiteres Jahr, bis Ende 2013, verlängert wurde. Mit der Übernahme dieser Funktion beträgt das schweizerische Kontingent im Kosovo zeitweise bis zu 235 Angehörige der Armee.

Gerade auch wegen den Bedürfnissen in den von ihr geführten Operationen hat die Nato in den letzten Jahren ihr Partnerschaftsnetzwerk geografisch ausgeweitet, z.B. auf den asiatisch-pazifischen Raum. Gleichzeitig hat, getrieben durch die verstärkte Aufmerksamkeit auf Themen wie Cyber Defense oder die Proliferation von Massenvernichtungswaffen, eine thematische Verbreiterung stattgefunden, die das Interesse der Nato an der Kooperation mit ihren Partnern verstärkt hat. Ebenfalls eine wichtige Rolle spielt der verstärkte Druck auf die Verteidigungsbudgets, den alle Nato-Länder vermehrt spüren. Durch eine verbesserte Zusammenarbeit innerhalb der Allianz sowie mit den Partnerländern sollen die Kosten möglichst niedrig gehalten werden, ohne dass dabei die Qualität und Verfügbarkeit der notwendigen Sicherheitsinstrumente abnimmt. Wichtige Stichworte in diesem Zusammenhang sind Smart Defense¹ sowie das geplante Raketenabwehrsystem.

Durch das für 2014 vorgesehene Ende der ISAF-Mission in Afghanistan und die laufende Diskussion um die Umsetzung der in den letzten Jahren beschlossenen Reformen ist die Unsicherheit im Hinblick auf die zukünftige Rolle und Ausrichtung der Nato gross. Dabei gehen die Meinungen unter den Nato-Ländern auseinander. Auch die Nato-Partnerstaaten wollen wissen, wie die Zusammenarbeit mit der Nato in Zukunft aussehen wird; dies gilt besonders für die Partner, die im operationellen Bereich stark involviert sind, wie zum Beispiel Finnland und Schweden, ist aber auch wichtig für die Schweiz.

Alliierten und Partnerstaaten stand auch im Jahr 2012 der Euro-Atlantische Partnerschaftsrat (EAPC) als Gefäss für den politischen Dialog zur Verfügung. Die Schweiz hat dort unter anderem Diskussionen zum Thema der privaten Militär- und Sicherheitsunternehmen in diesem Format initiiert.

Für die Zukunft der Beziehungen zwischen der Nato und ihren Partnern wird erwartet, dass die beschlossenen Reformen zu einer Wiederaufwertung des politischen Dialogs und zu grösserer Flexibilität bei den verschiedenen Treffen führen könnten („flexible Formate“). Damit könnten sich auch Partner wie die Schweiz verstärkt in die sicherheitspolitischen Diskussionen einbringen. Die Umsetzung der flexiblen Formate verläuft jedoch nicht in al-

¹ Smart Defense ist eine Initiative der Nato, die ähnlich dem *Pooling & Sharing* der EU eine Effizienzsteigerung und Kosteneinsparungen durch die erhöhte Zusammenarbeit zwischen Nato-Staaten im Verteidigungsbereich ermöglichen soll. Partnerstaaten haben ebenfalls die Möglichkeit sich an solchen Zusammenarbeitsprojekten zu beteiligen.

len Bereichen gleich gut, was vor allem durch den Widerstand einiger Nato-Mitgliedsstaaten bedingt ist. Dies gilt auch für die Frage nach der Ausweitung der von der Nato abgedeckten Themenbereiche, wie Smart Defense und Cyber, bei denen eine Kooperation mit den Partnerstaaten angestrebt wird. Ebenfalls für Diskussionen sorgte die Blockierung des Partnerschaftskooperationsmenus (PCM), das die Zusammenarbeit der Nato mit ihren Partnerstaaten, inklusive der Schweiz, regelt. Die Situation konnte schliesslich kurz vor dem Nato-Aussenministertreffen im Dezember gelöst werden.

Die Schweiz hat 2012 an mehreren multilateralen Treffen mit der Nato teilgenommen. So war sie am Gipfeltreffen im Mai vertreten sowie an zwei Ministertreffen im KFOR-Format und mehreren Treffen auf Botschafterebene. Daneben gab es einige bilaterale Kontakte, u.a. den Besuch des Nato-Generalsekretärs bei den Vorstehern des VBS und EDA sowie des Vorstehers der Division für politische Angelegenheiten und Sicherheitspolitik, beide in Bern.

In der Partnerschaft für den Frieden hat die Schweiz ihre praktische Zusammenarbeit im bisherigen Stil weitergeführt: Armee und armasuisse nutzen den Wissens- und Erfahrungsaustausch in den Arbeitsgruppen der Partnerschaft sowie die Möglichkeit der Teilnahme von Einzelpersonen an Übungen und Kursen zur eigenen Streitkräfte- und Fähigkeitsentwicklung und zur Verbesserung der Zusammenarbeitsfähigkeit. Des Weiteren unterstützte die Schweiz weiterhin ausgewählte Partnerstaaten, vor allem in den traditionellen Prioritätsgebieten Südost- und Osteuropa, Kaukasus und Mittelmeerraum, beim Aufbau demokratischer Sicherheits- und Verteidigungsstrukturen sowie bei der sicheren Lagerung und Vernichtung von Kleinwaffen, Munition und Explosivstoffen.

Die Schweiz bot den Partnerstaaten rund 25 PfP-Ausbildungskurse an (inklusive Kurse der Genfer Zentren), mit den gewohnten Schwerpunkten: humanitäres Völkerrecht, zivil-militärische Zusammenarbeit, Unteroffiziersausbildung, Kommunikationstraining, Abrüstung und Rüstungskontrolle, Gebirgstraining und allgemeine sicherheitspolitische Ausbildung. Das Kursangebot bewegte sich damit quantitativ und inhaltlich in einem ähnlichen Rahmen wie in den vergangenen Jahren.

2. Konsultationen im Euro-Atlantischen Partnerschaftsrat (EAPC) und im Rahmen flexibler Formate

2.1 Gipfeltreffen

Im Mai fand das Nato-Gipfeltreffen auf Einladung des amerikanischen Präsidenten Barak Obama in dessen Heimatstadt Chicago statt. Die Schweiz wurde eingeladen, am 21. Mai 2012 an einem Treffen der 28 Nato-Mitgliedsstaaten mit 13 Partnerstaaten teilzunehmen (Format 28+13²), das im Rahmen des Nato-Gipfels stattfand. Die Schweiz wurde am Gipfel vom Vorsteher des Eidgenössischen Departements für auswärtige Angelegenheiten (EDA), Bundesrat Didier Burkhalter, vertreten.

Das Treffen der 28+13 wurde durch den Generalsekretär der Nato geleitet, der in seiner Ansprache daran erinnerte, dass die Alliierten und ihre Partner vor denselben Herausforderungen stünden, die nur durch Zusammenarbeit zu lösen seien. Er sprach sich dafür aus, den politischen Konsultationen wieder mehr Gewicht zu verleihen und so den Meinungs- und Erfahrungsaustausch zwischen Nato- und Partnerstaaten zu verbessern. Ziel sei es, die Interoperabilität zu erhöhen, was auch bedinge, dass man die Partner von Anfang an in die Prozesse mit einbeziehe. Dies vor allem im Hinblick auf das bevorstehende Ende der ISAF-Mission in Afghanistan Ende 2014, an der viele Partner mit eigenen Kontingenten beteiligt sind. Der Nato-Generalsekretär wie auch der Präsident der Vereinigten Staaten bedankten sich in ihren Ansprachen im Namen der Nato bei den Partnern für die Beiträge und unterstrichen die Bedeutung der flexiblen Formate, die, ohne die traditionellen Formate zu ersetzen, den Austausch zwischen den Alliierten und interessierten Partnern zusätzlich erleichtern sollen. Die 13 Partnerstaaten hatten ebenfalls die Gelegenheit, ihre Prioritäten und Ideen zu präsentieren und machten davon Gebrauch. Dabei wurde klar, dass die Partner grundsätzlich mit der Zusammenarbeit mit der Nato zufrieden sind, aber dass vor allem zur Ausrichtung der Nato nach dem Ende der ISAF-Mission in Afghanistan offene Fragen bestehen, sowohl zur operationellen Zukunft, als auch zu weiteren Themen wie *Smart Defense*, Cyber und der sicherheitspolitischen Situation in Nordafrika, mit denen sich die Nato vermehrt beschäftigen will.

In seiner Ansprache erläuterte Bundesrat Burkhalter seine Vision der Rolle der Schweiz innerhalb der Partnerschaft für den Frieden. Dabei legte er vier Schwerpunkte dar, in denen die Schweiz ihr Engagement verstärken könnte. Erste Priorität bleibt dabei die Stabilisierung Südosteuropas und der Beitrag der Schweiz zur KFOR-Mission; daneben soll die Unterstützung der Reformbestrebungen in Nordafrika und in Afghanistan im zivilen Bereich erhöht werden. Außerdem unterstrich er das Engagement der Schweiz im Bereich des humanitären Völkerrechts und forderte die anwesenden Staaten dazu auf, das Rote Kreuz und den Roten Halbmond sowie das Montreux-Dokument³ zu unterstützen. Daneben unterstrich er die notwendige Parallelität sowohl der flexiblen Formate als auch der traditionellen Kooperationsformate Euro-Atlantischer Partnerschaftsrat (EAPC) und Partnerschaft für den Frieden (PfP), die im Austausch der Nato mit den Partnerstaaten noch immer eine wichtige Rolle spielen.

2.2 Ministertreffen

Am Verteidigungsministertreffen im Februar standen die Situation im Norden Kosovos sowie der von der EU geführte Belgrad-Pristina-Dialog auf der Gesprächsagenda. An Stelle von Bundesrat Ueli Maurer nahm Botschafter Christian Catrina, Chef Sicherheitspolitik VBS, als Vertreter der Schweiz am Treffen im KFOR-Format vom 3. Februar 2012 teil.

² Die 13 bei diesem Treffen anwesenden Partnerländer waren Australien, Finnland, Georgien, Japan, Jordanien, Katar, Marokko, Neuseeland, Österreich, Schweden, Schweiz, Südkorea, Vereinigte Arabische Emirate.

³ Beim Montreux Dokument handelt es sich um einen Text, der die Rechtslage für private Militär- und Sicherheitsunternehmen, die in bewaffneten Konflikten tätig sind, aufzeigen soll. Das Dokument enthält auch Regulierungsempfehlungen und Handlungsanleitungen, um Staaten zu helfen, ihre rechtlichen Verpflichtungen zu erfüllen.

Im Oktober fand ein Verteidigungsministertreffen im KFOR-Format statt, an dem wiederum die aktuelle Lage im Kosovo und die Zukunft der KFOR-Mission besprochen wurde. Außerdem wurden die Themen *Unfixing*⁴ und *Kosovo Security Force* besprochen. Die Schweiz wurde am Treffen vom 10. Oktober 2012 durch Botschafter Christian Catrina vertreten.

Die beiden letzten Treffen der Aussen- sowie der Verteidigungsminister der Nato-Staaten fanden am 5. und 6. Dezember statt. Sie standen im Zeichen des Ausgangs der Präsidentschaftswahlen in den Vereinigten Staaten und des Entscheids, Patriot-Raketen an der türkisch-syrischen Grenze zu stationieren. Kurz vor dem Aussenministertreffen war zudem eine Lösung in der Blockade des PCM gefunden worden, eine auch für die Schweiz wichtige Entwicklung. Das Treffen der Verteidigungsminister umfasste unter anderem Diskussionen zu den Konzepten *Smart Defense* und *Connected Forces*. Die Treffen bestätigten die Berlin-Entschlüsse von 2011, u.a. zum Thema flexible Formate und der *Single Tool Box*, womit die Öffnung der Kooperationsinstrumente für alle Nato-Partnerstaaten gemeint ist.

2.3 Treffen der Armeechefs

Am Treffen des Nato-Militärausschusses vom 17. und 18. Januar 2012 auf Ebene der Armee- und Generalstabschefs nahmen Vertreter der Schweizer Armee an zwei Sitzungen teil: an der Konferenz im EAPC-Format und an derjenigen zur KFOR.

Im Mittelpunkt der Sitzung im EAPC-Format standen Präsentationen Schwedens und Finnlands. Schweden präsentierte seine Erfahrungen aus der Nato-Operation in Libyen, während Finnland die regionale militärische Kooperationsinitiative *Nordic Defence Cooperation* (NORDEFCO) vorstellte. Schwedens Armeechef unterstrich in seinem Referat die Bedeutung der Instrumente der Partnerschaft für die eigene Grund- und Einsatzbereitschaft und Streitkräfteentwicklung, während die finnische Präsentation veranschaulichte, wie die nordischen Streitkräfte versuchen, ihre Fähigkeitslücken gemeinsam über sogenanntes *Pooling und Sharing* zu schliessen und die jeweiligen Waffensysteme sowie anstehende Rüstungsbeschaffungen zu harmonisieren.

In der Sitzung zur KFOR informierte der Oberbefehlshaber der Nato für Operationen, Admiral James G. Stavridis, die Armee- und Generalstabschefs der truppenstellenden Staaten über die Sicherheitslage im Kosovo und den damit verbundenen operationellen Planungen. Den Abschluss des umfassenden Briefings zur Lage im Kosovo machte Generalleutnant a.D. Xavier Bout de Marnhac, Chef der EU-Justiz- und Polizeimission EULEX.

2.4 Politische Konsultationen und Treffen auf Ebene der Botschafter

Während des Berichtsjahrs nahm der Chef der Schweizer Mission bei der Nato an vier vom Nato-Generalsekretär auf Stufe Botschafter einberufenen Treffen teil. Nicht darin eingerechnet sind die verschiedenen Treffen im operationellen KFOR-Format (siehe weiter unten). Drei Treffen fanden im Format EAPC statt, eines im flexiblen Format zwischen der Nato und den sechs westeuropäischen Partnerstaaten (WEP-6⁵).

Das erste Treffen der EAPC-Botschafter ging auf Initiative der Schweiz, Grossbritanniens und der Vereinigten Staaten auf die Frage der Standards für private Militär- und Sicherheitsunternehmen ein. Das zweite Treffen behandelte unter Einbezug der neuen *Nato Special Representative on Women, Peace and Security* die Umsetzung der Resolution 1325 des Sicherheitsrats der UNO in den Aktivitäten der Nato. Daneben wurde auch die Beziehung der Nato zur parlamentarischen Versammlung der Nato (Nato-PV) unter Bei-

⁴ Das Sicherheitsdispositiv für die Bewachung einzelner serbisch-orthodoxer Klöster auf kosovarischem Gebiet wurde vorübergehend von KFOR-Truppen übernommen. Das Ziel ist, diese Verantwortung wieder an die kosovarischen Behörden zu übertragen. Dieser Prozess wird als „unfixing“ bezeichnet. Die Schweiz ist durch ihr Mitwirken in den operationellen Formaten der KFOR in diesen Prozess einbezogen.

⁵ Finnland, Irland, Malta, Österreich, Schweden, Schweiz

sein von dessen Präsidenten diskutiert. Schliesslich befasste sich das dritte Treffen mit der Terrorismusbekämpfung aus dem Blickwinkel der UNO und der Nato.

Das Botschaftertreffen im Format 28+6 war das erste offizielle in dieser Zusammensetzung und fand im April auf Initiative der WEP-6 statt. Das Treffen behandelte die Umsetzung der 2011 in Berlin beschlossenen Partnerschaftspolitik und ermöglichte den Teilnehmenden einerseits eine Diskussion über die Vor- und Nachteile der Berlin-Reformen⁶, andererseits einen Meinungsaustausch zu möglichen Themen, die man in den flexiblen Formaten behandeln könnte.

Im November verfasste die Nato einen Bericht über die Umsetzung der Berlin-Entschlüsse und konsultierte dazu die Partnerstaaten. Darin wird festgehalten, dass die Kooperation zwischen der Allianz und den einzelnen Partnerstaaten sowie im Bereich der operationellen Entscheidungsfindung verbessert werden konnte. Was hingegen den Grossteil der in Berlin beschlossenen Reformen betrifft, stellt der Bericht fest, dass damit die gewünschten Resultate noch nicht erreicht werden konnten. Dies gilt sowohl für das Partnerschaftskooperationsmenu (PCM), das 2012 während mehrerer Monate blockiert war, als auch für die Umsetzung der flexiblen Formate. Der Bericht wurde Anfang Dezember am Nato-Aussenministertreffen verabschiedet.

Auf Einladung der moldawischen Regierung begaben sich die Botschafter der WEP-5 Anfang Oktober für zwei Tage nach Chișinău, um über ihre Erfahrungen als Partnerstaaten der Nato zu berichten. Allgemein lässt sich sagen, dass sich die informelle Kooperation innerhalb der WEP-5⁷ im Berichtsjahr besonders dynamisch gestaltete.

Zudem fanden zwei Treffen auf Botschafterebene innerhalb der SEEGROUP (*South East Europe Security Cooperation Steering Group*) statt.

Im Berichtsjahr war ausserdem von Seiten der Schweizer Mission bei der Nato zum Thema KFOR aufgrund verschiedener Ereignisse ein erhöhtes Engagement nötig. Die Mission hat an sieben offiziellen Treffen des *North Atlantic Council* (NAC) im KFOR-Format teilgenommen. Dies ermöglichte es jeweils, die schweizerische Position zur Situation im Kosovo und zur KFOR-Mission in die Diskussion einzubringen. Daneben organisierte das NAC für die Botschafter der truppenstellenden Staaten einen Besuch in Kosovo.

Im operationellen Bereich hat die KFOR-Mission die Verantwortung für das Sicherheitsdispositiv des Klosters von Devic wieder an die kosovarischen Behörden übertragen. Dieser Prozess wurde durch das für die Nato-Operationen verantwortliche Komitee begleitet, an dem die Schweiz aktiv teilgenommen hat. So konnte sichergestellt werden, dass die Übergabe ohne Zwischenfälle und in Zusammenarbeit mit den Autoritäten der serbisch-orthodoxen Kirche abließ.

Im Übrigen war die Schweiz an den Diskussionen zur *Kosovo Security Force* (KSF) beteiligt. Dabei ging es um die Themen *Full Operational Capability* der kosovarischen Sicherheitskräfte, um die Frage nach dem Status der KSF und um deren zukünftige Beziehung zu den Alliierten und ihren Partnern. Der geplante Übergang zur operationellen Stufe Gate 3 wurde 2012 nicht behandelt, da die dafür notwendigen Rahmenbedingungen noch nicht erreicht wurden (dies gilt besonders für die Übergabe der Verantwortung für die Bewachung der orthodoxen Religionsstätten an die kosovarischen Sicherheitskräfte).

2.5 Ständige militärische Vertretung und Treffen des Militärausschusses

Der Militärausschuss tagte im Jahr 2012 insgesamt vier Mal. Die Schweiz wurde durch den militärischen Vertreter repräsentiert. Im Zentrum des Interesses standen beim ersten Treffen Anfang Jahr die Themen für den Nato-Gipfel in Chicago. So wurde zum Beispiel die Vision der Nato für das Jahr 2020 bezüglich Fähigkeiten und Struktur oder das Thema Partnerschaften diskutiert. Dabei war die Blockierung des Partnerschaftskooperationsme-

⁶ Während des Nato-Aussenministertreffens in Berlin im April 2011 wurden Entschlüsse zur zukünftigen Zusammenarbeit in den Partnerschaften der Nato gefasst. U.a. wurden die flexiblen Formate vorgestellt sowie die *Single Tool Box*, womit die Öffnung der Kooperationsinstrumente für alle Nato-Partnerstaaten gemeint ist.

⁷ Finnland, Irland, Österreich, Schweden, Schweiz

nüs und seine Auswirkungen auf die Partnerschaften der Nato ein Thema sowie der Aufbau des bereits 2010 beschlossenen Raketenabwehrschirms. Daneben wurden wie bisher Verlauf und Stand der Nato-geführten friedensunterstützenden Operationen, einschliesslich Ausbildungsfragen und der Vorbereitung für Einsätze, behandelt. Der Militärausschuss wurde laufend über diese sicherheitspolitischen Themen orientiert.

Die Schweiz wurde insbesondere für ihr Engagement bei der KFOR regelmässig positiv erwähnt. Die bereits in den vergangenen Jahren festgestellte Tatsache, dass eine enge Zusammenarbeit zwischen der Nato und ihren Partnerstaaten in allen Partnerschaftsformaten für die globale Sicherheit unabdingbar sei, wurde in vielen Arbeitsgruppen und Treffen hervorgehoben. Vor allem die westeuropäischen Partner stossen immer wieder Initiativen an, die diesbezüglich mittels konkreter Instrumente Verbesserungen erreichen sollen.

Mit der Deblockierung des Partnerschaftskooperationsmenus Ende 2012 konnte sichergestellt werden dass die militärische Zusammenarbeit der Schweiz innerhalb der Partnerschaft für den Frieden, zum Beispiel im Bereich Training und Ausbildung, für 2013 planmässig weitergeführt werden kann.

2.6 Bilaterale Besuche

Im Berichtsjahr haben erstmals seit längerer Zeit wieder mehrere hochrangige bilaterale Besuche auf politischer Ebene zwischen der Schweiz und der Nato stattgefunden. Im März weilte der stellvertretende Staatssekretär, Botschafter Georges Martin, in Brüssel. Im September erfolgte der Besuch in Bern von Botschafter Dirk Brengelmann, Vorsteher der Division für politische Angelegenheiten und Sicherheitspolitik, und im November wurde der Generalsekretär der Nato, Anders Fogh Rasmussen, von den Bundesräten Ueli Maurer und Didier Burkhalter zu einem Arbeitsessen in Bern empfangen.

Der Besuch des stellvertretenden Staatssekretärs vom 12. bis 13. März 2012 in Brüssel hatte zum Zweck, die Möglichkeit einer Teilnahme der Schweiz an einem Treffen der Nato-Partnerstaaten während des Nato-Gipfels in Chicago im Mai sowie den Stand der Dinge bei den Reformen der Nato-Partnerschaften und der Kooperation der Schweiz mit der Nato zu diskutieren. Ausserdem fand ein Austausch zu den Themen nukleare Proliferation und Abrüstung, Raketenabwehr, den Beziehungen zu Russland sowie zu weiteren aktuellen Themen statt. Des Weiteren fanden bilaterale Treffen mit den stellvertretenden Generalsekretären für politische Angelegenheiten und Sicherheitspolitik, Botschafter Dirk Brengelmann, sowie für neue Bedrohungsformen, Botschafter Gabor Iklody, statt.

Der Besuch von Botschafter Brengelmann vom 12. September 2012 diente dazu, eine Auslegeordnung der relevanten Themen in den Beziehungen zwischen der Schweiz und der Nato zu machen. Diskussionsthema war die Zukunft der Partnerschaften, auch mit Blick auf die Blockade des PCM. Diskutiert wurden ausserdem die KFOR und die Situation im Kosovo, aber auch die Lage in Afghanistan, wo die geplante Nachfolgemission der ISAF erläutert wurde. Die Schweiz signalisierte Interesse an verschiedenen Treuhandfonds-Projekten und anerbot die Durchführung der jährlichen *Nato Conference on Weapons of Mass Destruction, Arms Control, Disarmament and Non-Proliferation* 2014. Die Schweiz willigte ausserdem auf Anfrage der Nato in die Entsendung eines Experten (*Voluntary National Contribution*) in den *International Staff* der Nato im Bereich der Kleinwaffen (*Small Arms and Light Weapons, SALW*) ein. Die schweizerische Präsidentschaft der OSZE wurde vorgestellt und Möglichkeiten der Zusammenarbeit zwischen den beiden Organisationen ausgelotet. Schliesslich diente das Treffen auch der Vorbereitung des Besuchs von Nato-Generalsekretär Rasmussen.

Nato-Generalsekretär Anders Fogh Rasmussen wurde am 22. November 2012 von den Bundesräten Ueli Maurer und Didier Burkhalter zu einem Arbeitsessen in Bern empfangen. Gleichtags trat er als Redner an der *Churchill Special Lecture* 2012 an der Universität Zürich auf. Gesprächsthemen waren die schweizerische Aussen- und Sicherheitspolitik sowie die Entwicklung der Nato und deren Partnerschaftspolitik. Die Schweiz bekräftigte

te ihr Interesse an den bestehenden Formaten, begrüsste aber gleichzeitig auch die Zusammenarbeit in flexiblen Formaten, etwa im Bereich Cyber. Im gleichen Zusammenhang wurde über die Beteiligung der Schweiz an der KFOR und die Entwicklung der Nato-Präsenz in Afghanistan diskutiert. Weitere Themen waren die Aktivitäten der Schweiz im EAPC, namentlich die von der Schweiz initiierte Debatte über die privaten Militär- und Sicherheitsunternehmen, sowie der schweizerische Vorsitz der OSZE im Jahr 2014 und mögliche Formen der Zusammenarbeit. Die Diskussionen schlossen mit Erörterungen über die sicherheitspolitische Positionierung gegenüber Russland sowie, aus aktuellem Anlass, über das Ersuchen der Türkei um Beistand aufgrund der Situation in Syrien.

Der Chef der Armee, Korpskommandant André Blattmann, besuchte vom 6. bis 7. November 2012 verschiedene hochrangige Vertreter der Nato. Der erste Tag beinhaltete ein Gespräch mit dem Oberbefehlshaber der Nato für Operationen, Admiral James G. Stavridis, über die Beteiligung der Schweizer Armee an der KFOR-Mission und die gegenwärtigen Entwicklungen hinsichtlich der geplanten Nachfolgemission der ISAF in Afghanistan sowie die Besichtigung der integrierten Krisen- und Einsatzmanagementzentrale im Hauptquartier des strategischen Kommandos der Nato für Operationen in Mons. Der zweite Tag stand im Zeichen der Treffen mit Botschafter Brengelmann und General Knud Bartels, dem Vorsitzenden des Nato-Militärausschusses, im Nato-Hauptquartier in Brüssel. Diskussionsthemen waren die Zukunft der Partnerschaft und die damit verbundene Weiterentwicklung flexibler Formate sowie die Fähigkeitsentwicklung der Nato in den Bereichen Smart Defense, Raketenabwehr und Cyber Defense.

3. Zusammenarbeit in der Partnerschaft für den Frieden (PfP)

3.1 Zusammenarbeit in zivilen Bereichen

3.1.1 Sicherheitssektorreform, Aufbau von Verteidigungsinstitutionen

Die Schweiz trug auch 2012 zur Umsetzung des Aktionsplans zum Aufbau von Verteidigungsinstitutionen (PAP-DIB) bei. Dessen Grundidee ist die Unterstützung sicherheitspolitischer Reformprozesse in den Staaten Osteuropas, Südosteuropas, des Südkaukasus und Zentralasiens, mit dem Ziel wirksame und unter demokratischer Kontrolle stehende Streitkräfte zu schaffen. Die Etablierung transparenter und unter demokratischer Kontrolle stehender Strukturen im Bereich der Sicherheit und Verteidigung bleibt eine Priorität der Partnerschaft. Das Genfer Zentrum für die demokratische Kontrolle der Streitkräfte (DCAF) ist das primäre Instrument, mit dem die Schweiz zur Umsetzung des PAP-DIB beiträgt (vgl. unten Ziff. 4.2).

Die Schweiz führte auch ihre Bemühungen im Kampf gegen die Korruption im Verteidigungsbereich fort. Die neue Phase der Initiative, die 2010 lanciert wurde, stützt sich weiterhin auf einen Treuhafonds, bei dem die Schweiz gemeinsam mit Grossbritannien, Polen, Norwegen und Belgien die Co-Leitung hat. Der schweizerische Beitrag konzentriert sich auf vier Bereiche: die Bereitstellung eines Experten auf Vollzeitbasis innerhalb der für die Implementierung zuständigen Gruppe, der unter anderem für die Entwicklung der Aktivitäten in Südosteuropa zuständig ist, die Übersetzung des vom DCAF erarbeiteten Handbuchs mit Handlungsempfehlungen (2012 erschienen die Fassungen in Armenisch und Arabisch), die Bereitstellung verschiedener Experten des Genfer Zentrums für Sicherheitspolitik (GCSP) für Beratermissionen und Ausbildungsveranstaltungen sowie eines finanziellen Beitrags.

Die Schweiz unterstützte ausserdem den sicherheitspolitischen Meinungsaustausch in der Partnerschaft. So unterstützte das EDA die Durchführung eines Forums des *Institute of World Policy* und des *Nato Liaison Office* in der Ukraine zum Thema der ukrainischen *Non-Block-Policy* in einem europäischen Kontext. Ausserdem unterstützte das EDA wiederum den jährlichen GCSP-Kurs zur Sicherheitspolitik im Mittleren Osten und in Nordafrika, indem es in Bern ein Kursmodul zur schweizerischen Perspektive der internationalen Sicherheitspolitik und der zukünftigen Herausforderungen im Mittleren Osten und der arabischen Welt integrierte.

Im Rahmen der Bemühungen zur Stabilisierung und Errichtung von staatlichen Strukturen in Afghanistan organisierte die Schweiz in Baku, Aserbaidschan, 2012 zum dritten Mal einen Kurs über rechtsstaatliche Prinzipien und gute Regierungsführung für ziviles Personal der afghanischen Regierung. Der Kurs wurde gemeinsam mit dem GCSP und mit der Unterstützung Finlands und Aserbaidschans realisiert.

Schliesslich trug die Schweiz auch 2012 mit Fachexpertise zur Reform der Militärakademien in Armenien und Moldawien bei. In Moldawien wurde bereits ein Ausbildungsblock durch einen Experten des GCSP durchgeführt.

3.1.2 Humanitäres Völkerrecht

Im Berichtsjahr setzte die Schweiz ihre Anstrengungen fort, den EAPC und die operativen Hauptquartiere der Nato in der Anwendung von Regeln und Standards für private Militär- und Sicherheitsunternehmen zu sensibilisieren. Ziel war es, dass weitere EAPC-Staaten die von der Schweiz entwickelten Instrumente (Montreux-Dokument und *International Code of Conduct*)⁸ umsetzen und anwenden, beziehungsweise, dass sie nur noch Unternehmen engagieren, die sich diesen Standards verschrieben haben. Am 12. Juni 2012 wurde das Thema auch an einem EAPC-Botschaftertreffen diskutiert. Im Nachgang

⁸ Der *International Code of Conduct* richtet sich an private Sicherheitsunternehmen. Darin haben sie sich verpflichtet, im Rahmen ihrer Tätigkeit die Menschenrechte zu achten und das humanitäre Völkerrecht einzuhalten.

zur Diskussion haben weitere Nato-Staaten das Montreux-Dokument unterstützt. Der Einsatz der Schweiz hat ausserdem zur Entscheidung der Nato beigetragen, eine Direktive zu erlassen, die den Gebrauch solcher Unternehmen in Nato-Operationen regelt. Die Direktive gilt für sämtliche Staaten, die an Nato-geführten Operationen teilnehmen, das heisst, mehr als 50 Staaten auf fünf Kontinenten. Schliesslich erwägt die Nato, dem Montreux-Dokument als Organisation beizutreten.

Daneben führte die Schweiz ihr Engagement für die Ausbildung im humanitären Völkerrecht weiter (siehe auch 5.1).

3.1.3 Beteiligung der Schweiz an Treuhandfonds

Der Pfp-Treuhandfonds ist ein Mechanismus, der von der Nato etabliert wurde, um Partnerstaaten bei der Vernichtung von Anti-Personen-Minen, Kleinwaffen, leichten Waffen und konventioneller Munition sowie der Sicherung von Waffen- und Munitionsdepots und der Demobilisierung von Armeeangehörigen zu unterstützen. Seit 2007 wurde das Programm auf die Bekämpfung von Korruption im Verteidigungsbereich ausgeweitet.

Das Pfp-Treuhandfondsprojekt in Jordanien, bei dem die Schweiz seit 2007 zusammen mit Spanien und Norwegen die Co-Leitung hatte, wurde 2011 erfolgreich zu Ende gebracht. Um die Nachhaltigkeit des Projektes sicherzustellen, hat die Schweiz den jordanischen Streitkräften 2012 zusätzliches Verbrauchsmaterial für Analysegeräte (Vakuum-Stabilitätstester, VST) zur Verfügung gestellt. Parallel wurde nochmals eine Wiederholung der Ausbildung angeboten. Damit sind die jordanischen Streitkräfte in der Lage, das VST sachgemäss zu nutzen und ihre eigene Ausbildung auf dem Gerät sicherzustellen.

Im Berichtsjahr hat die Schweiz ein Projekt zur Sicherung von Munitionslagern und zur Vernichtung überschüssiger Munition in Tadschikistan, ein Projekt zur Vernichtung von Munition und Sicherung von Waffen- und Munitionsbeständen in Mauretanien sowie ein Projekt zur Entsorgung von radioaktiven Quellen auf früheren sowjetischen Militäranlagen in der Ukraine mitfinanziert.

In ihrer Rolle als Co-Leiterin begleitete die Schweiz weiterhin die Umsetzung des Treuhandfondsprojekts im Bereich der Korruptionsbekämpfung (siehe auch 3.1.1).

3.1.4 Zivile Notfallplanung

Die Hauptstossrichtung der zivilen Notfallplanung war wiederum die Unterstützung ziviler Fähigkeiten zu Gunsten militärischer Operationen. Der durch die operationellen Bedürfnisse der Nato inspirierte *Comprehensive Approach* beinhaltet dabei die Bündelung sämtlicher militärischer und ziviler Mittel, die zur Erreichung der politischen und militärischen Ziele nötig sind. In diesem Sinne sind auch die Bemühungen der Nato um Etablierung als Akteur des Wiederaufbaus, insbesondere im Bereich der Sicherheitssektorreform, zu verstehen. Diese Priorisierung fand entsprechend ihren Niederschlag in den Arbeiten der zivilen Planungsgruppen. Das Euro-Atlantische Koordinationszentrum zur Katastrophenbewältigung (EADRCC) hat dabei immer noch einen bedeutenden Stellenwert. Es steht für die traditionellen Tätigkeiten der zivilen Notfallplanung. Das Zentrum ist auch für die Einsatzvorbereitung und für Übungen verantwortlich. So organisiert es zusammen mit den jeweiligen Staaten Einsatzübungen in der Katastrophenhilfe mit wechselnder Thematik. Aufgrund der neuen Prioritäten rückte der Aktionsplan zum Schutz der Zivilbevölkerung während ABC-Ereignissen in den Hintergrund. Neben dem Aktionsplan stand für die Schweiz auch der Informationsaustausch beim Schutz kritischer Infrastrukturen im Vordergrund. Eine kurz vor Jahresende durchgeführte Klausur hat Wege aufgezeigt, wie sich die Nato in der zivilen Notfallplanung neu positionieren könnte. Es liegt an den Nato-Ländern und ihren Partnern, sich dieser Herausforderung zu stellen.

Die Schweiz hat sich im Berichtsjahr aufgrund einer Anfrage des EADRCC im Bereich ABC-Schutz engagiert. Der Delegierte für humanitäre Hilfe ist auch in solchen Fällen dafür zuständig, die schweizerische Beteiligung zu definieren. Die Leistung des zur Verfügung gestellten Experten des Labor Spiez wurde ausserordentlich geschätzt. Das vom in-

ternationalen Sekretariat initiierte Projekt COMPASS (*Comprehensive Approach Specialist Support Program*), das auch Partnern offen steht, bezweckt den Einsatz von zivilen Fähigkeiten und Mitteln. Die humanitäre Hilfe der DEZA wird wie bisher auch weiterhin im Ereignisfall auf Ersuchen der Nato hin Expertise zur Verfügung stellen, sich aber einstweilen nicht an COMPASS beteiligen. Die Teilnahme in den Planungsgruppen richtete sich immer nach Bedarf und Möglichkeiten der zuständigen Stellen.

Zusammen mit dem VBS nahm das Bundesamt für wirtschaftliche Landesversorgung (BWL) Einsatz in der *Joint Health, Agriculture and Food Group* (JHAFG). Mangels substantieller, für den Bereich wirtschaftliche Landesversorgung relevanter Themen in dieser Gruppe wird das BWL seine Beteiligung in der JHAFG einstweilen aussetzen.

Die Versorgungssicherheit und der Schutz kritischer Infrastrukturen im Energiebereich sind zwei Schwerpunkte der *Industrial Resources and Communications Services Group* (IRCSG). Die IRCSG hat der OSZE ihre Unterlagen zu den *best practices* auf dem Gebiet des Schutzes der kritischen Energieinfrastrukturen zur Verfügung gestellt. Die OSZE plant im Frühling 2013 ein Handbuch zum Thema herauszugeben, woran die Schweiz aktiv beteiligt war. Da die IRCSG im Oktober noch keinen neuen Vorsitzenden für den Bereich Industrie hatte, wurde der Schweizer Vertreter gebeten, die Arbeiten der Teilgruppe am Treffen des *Civil Emergency Planning Committee* (CEPC) vorzustellen. Anlässlich der Plenarsitzung im November wurden Präsentationen und erste Lehren aus dem Orkan Sandy (Oktober 2012) vorgestellt. Die gegenseitigen Abhängigkeiten zwischen den Bereichen Energie und IT kamen klar zum Ausdruck. Diese Aspekte werden in den Arbeiten der IRCSG weiter verfolgt und vertieft.

3.1.5 Zusammenarbeit im Bereich Krisenmanagement

Im Berichtsjahr hat die Nato ihre Anstrengungen fortgesetzt, die Zusammenarbeit mit ihren Partnern, internationalen Organisationen und lokalen Akteuren im Bereich des Krisenmanagements zu verstärken. Zu diesem Zweck hat sie sowohl am Nato-Hauptquartier, wie auch an den militärischen Hauptquartieren Verbindungsstellen geschaffen, die den Austausch mit den zivilen Akteuren im operationellen Bereich verbessern sollen.

Um die eigenen Fähigkeiten und Kompetenzen zu verbessern, nimmt die Schweiz auch an integrierten zivil-militärischen Krisenmanagementübungen teil. Im Berichtsjahr fand wieder eine multinationale Krisenmanagementübung der Nato (CMX 12) statt. Eine Teilnahme der Schweiz kam nicht in Frage, da der Übung ein Szenario der kollektiven Verteidigung zugrunde lag. Vom 12.-15. November fanden, zeitlich überlappend mit und teilweise in das Szenario der CMX 12 integriert, die *Cyber Coalition Exercises 2012* statt. Bei der *Cyber Coalition* handelt es sich um eine Reihe von Übungen im Bereich der Cyber-Verteidigung der Nato. Seit 2008 hat die Nato kontinuierlich mehreren Partnern die Teilnahme an Cyber-Übungen ermöglicht.

2012 haben total 18 Nato-Staaten und 3 Nicht-Mitglieder (Österreich, Finnland und Schweden) an der Cyber-Coalition-Übung teilgenommen. Die Schweiz war zusammen mit sechs weiteren Ländern und Vertretern der EU als Beobachter präsent. Dabei hat sich gezeigt, dass für die Schweiz eine Teilnahme ebenfalls interessant wäre.

Aufgrund der zunehmenden Bedeutung von Cyber-Bedrohungen hat die Nato eine *Cyber Threat Assessment Cell* (CTAC) aufgebaut. Die nationalen Delegationen am Nato-Hauptquartier werden regelmässig über die Arbeiten der CTAC informiert.

3.1.6 Weitere zivile Aktivitäten

Das EDA leistete Beiträge zur internationalen sicherheitspolitischen Diskussion. Im Juni fanden in Chambéry „Round Table“-Gespräche zur euro-atlantischen Sicherheit statt, im September in Zermatt „Round Table“-Gespräche zur Sicherheit im asiatisch-pazifischen Raum. Ausserdem unterstützte das EDA zusammen mit den Niederlanden eine vom DCAF organisierte regionale Konferenz in Tunis zur Entwicklung nationaler Sicherheitspolitik in Nordafrika.

Im Rahmen der Terrorismusbekämpfung und insbesondere vor dem Hintergrund der Auswirkungen terroristischer Aktivitäten in Nord- und Westafrika unterstützte das EDA zusammen mit der Stadt Genf einen Ausbildungslehrgang zum Kampf gegen die Finanzierung terroristischer Aktivitäten.

Im Hinblick auf die Sicherheit von Computernetzwerken wurde ein Dialog zwischen der Nato und einigen Partnerstaaten (Australien, Finnland, Irland, Neuseeland, Österreich, Schweden, Schweiz) fortgeführt, um das Potenzial für Kooperation in diesem Bereich zu prüfen.

Im Übrigen führte die schweizerische Mission bei der Nato in Brüssel neun Informationsveranstaltungen über die Rolle der Schweiz in EAPC und PfP durch. Zielpublikum waren Universitätsstudenten, Kantonsräte und Mitglieder kantonaler Regierungen. Eine zunehmende Nachfrage für derartige Informationsveranstaltungen konnte festgestellt werden.

Die Schweizer Mission bei der Nato hat, zusammen mit dem GCSP, zwei informelle „Round Table“-Veranstaltungen am Nato-Hauptquartier in Brüssel durchgeführt. Der erste Anlass wurde für Vertreter des internationalen Sekretariats veranstaltet und befasste sich mit den Kooperationsmöglichkeiten mit den Staaten des mediterranen Dialogs im Bereich der Sicherheitssektorreform. Die zweite Veranstaltung war für Delegationen und Missionen der Nato- und Partnerstaaten geöffnet und fokussierte auf Fragen der Abrüstung und Raketenabwehr. Zusätzlich hat die Mission zusammen mit dem DCAF aus Anlass der Präsentation der arabischen Version des Handbuchs zur Korruptionsbekämpfung und Integritätsbildung im Verteidigungsbereich eine weitere „Round Table“-Veranstaltung in einem vergleichbaren Format zum Thema Korruptionsbekämpfung organisiert.

3.2 Zusammenarbeit in militärischen Bereichen

3.2.1 Streitkräfteentwicklung und Standardisierung

Die Armee nutzt den Wissens- und Erfahrungsaustausch in den Arbeitsgruppen im Rahmen der Partnerschaft für den Frieden für den Kompetenzerhalt und die Fähigkeitentwicklung. Die Armee profitiert auch von Erkenntnissen der Partner zu Doktrin und Einsatzverfahren sowie zu Anforderungen an Material, Ausbildung, Personal und Organisation im Einsatz. Und schliesslich können durch eine aktive Mitarbeit in den Arbeitsgruppen auch die Interessen der Armee in die Fähigkeitentwicklungs- und Standardisierungsprozesse der Nato eingebracht werden. In diesem Zusammenhang war die Schweizer Armee auch in diesem Berichtsjahr wieder Gastgeberin einzelner Konferenzen und Workshops, z.B. im Bereich der Standardisierung von Ausbildungsgrundlagen, Lernprogrammen und Simulationen.

Die Zusammenarbeit in der Partnerschaft für den Frieden ist insbesondere für jene Teile der Armee, die in der Lage sein müssen, international zusammenzuarbeiten (z.B. Luftwaffe, SWISSINT), die zentrale Plattform zur Verbesserung militärischer Zusammenarbeitsfähigkeit (Interoperabilität). Die Zusammenarbeitsfähigkeit ist gemäss sicherheitspolitischen Bericht 2010 und Armeiebericht 2010 ein Mittel zur Steigerung der Wirksamkeit. Interoperable Mittel und standardisierte Verfahren sind unabdingbar für eine funktionierende Zusammenarbeit im Ereignisfall. Die Mitarbeit in der Erarbeitung und Weiterentwicklung von Standards ist für die Armee deshalb wichtig. So erhält die Armee Zugang zu doktrinellen, materiellen und einsatzbezogenen Standards, die sonst entweder mit eigenen Ressourcen selbst entwickelt oder – soweit überhaupt möglich – bei anderen Normenorganisationen eingekauft werden müssten. In diesem Zusammenhang wurde auch der Planungs- und Überprüfungsprozess (*Planning and Review Process*, PARP) weitergeführt. In Gesprächen zwischen der Nato und der Schweiz wurden Zusammenarbeitsziele erarbeitet, die auf die aktuellen Entwicklungen in der Schweizer Sicherheitspolitik und den Reformprozess der Armee abgestimmt sind.

Als weiteres Instrument der militärischen Zusammenarbeit und des Wissens- und Erfahrungsaustauschs hat die Schweizer Armee zwei Vertreter temporär an Hauptquartiere oder Institutionen der Nato abkommandiert: einen Offizier an das militärstrategische

Hauptquartier *Allied Command Operations* (ACO) in Mons, Belgien, und einen höheren Unteroffizier an die Nato-Schule in Oberammergau, Deutschland.

3.2.2 Ausbildungszusammenarbeit

Die Armee hat in der multilateralen Ausbildungskooperation Interesse am Erfahrungs- und Erkenntnisaustausch sowie am Erlangen der Zusammenarbeitsfähigkeit in spezifischen Bereichen. Die von der Partnerschaft angebotenen Kurse und Ausbildungsmodule werden daher hauptsächlich zur Weiterbildung des Berufspersonals sowie für die militärische Spezialistenausbildung genutzt. Die Übungen bieten Möglichkeiten zur Evaluation der eigenen Fähigkeiten und Kapazitäten, so beispielsweise die Überprüfung von Führungs- und Stabsarbeitsprozessen, Doktrin und Einsatzverfahren sowie technischer Mittel und Zusammenarbeitsfähigkeit. Das Übungsangebot wurde von der Armee aber schwergewichtig für den individuellen Erfahrungsgewinn und zur Erreichung militärischer Zusammenarbeitsfähigkeit in Friedensförderungseinsätzen und nur zum Teil zur Überprüfung der Bereitschaft genutzt.

Im April führten die schwedischen Streitkräfte die alljährlich stattfindende *Combined Joint Staff Exercise* in Enköping durch, an der sich die Schweiz regelmässig mit Stabsoffizieren beteiligt. Die Übung bietet die Möglichkeit, Führungs- und Stabsprozesse übergreifend in einer friedenserhaltenden Operation zu trainieren. Im Berichtsjahr nahmen 14 Schweizer Offiziere an dieser Übung teil.

Die Schweizer Armee führte insgesamt rund 25 PfP-Ausbildungskurse durch (siehe Tabelle 5.1). Die Kursschwerpunkte lagen bei Gebirgsausbildung, Führungsausbildung für höhere Unteroffiziere, Kriegsvölkerrecht, zivil-militärische Zusammenarbeit, humanitäre Minenräumung und Kommunikationstraining. Die Ausbildung erfolgt, wo immer möglich, als Kaderausbildung, nach dem Prinzip "*train the trainer*".

In der Kaderausbildung ist die Schweizer Armee zusammen mit dem GCSP unter anderem im jährlichen Treffen aller Kommandanten der *Partnership Training and Education Centres* (PTEC) engagiert. Dieses Forum und Netzwerk bietet die Möglichkeit eines Informations- und Erfahrungsaustauschs in Ausbildungsfragen.

In Zusammenarbeit mit dem GCSP führte die Schweiz bereits zum vierten Mal die *Annual Senior Officers' Security and Law Conference* durch. Der Fokus dieser Konferenz liegt auf dem koordinierten Zusammenwirken von Militär, zivilen und humanitären Organisationen in komplexen Missionen.

Im Bereich Kleinwaffen, leichte Waffen und konventionelle Munition stellte die Schweiz der Nato-Schule in Oberammergau Lehrpersonal für Kurse über die Lagerverwaltung und -sicherheit zur Verfügung. Diese Kurse, deren Entwicklung in der Schweiz erfolgte, werden seit 2006 jährlich durchgeführt. Der *Small Arms and Light Weapons Implementation Course* vermittelt theoretische und praktische Grundlagen und richtet sich an das operativ tätige Personal der Verifikationszentren der rund 15 Staaten (inklusive der Schweiz), welche sich in der *Multinational Small Arms and Ammunition Group* zusammengeschlossen haben.

3.2.3 Rüstungstechnische Forschung und Entwicklung

Der Informations- und Erfahrungsaustausch zu Forschung und Technologie bietet die Grundlage für einen Überblick, welche Schwerpunkte in den westlichen Streitkräften hinsichtlich militärisch relevanter Zukunftstechnologien gesetzt werden. Der multilaterale Wissenstransfer bietet weiter die Möglichkeit, Kompetenzen zur Beurteilung und Früherkennung von Technologien effizient aufzubauen. Diese Kompetenzen ihrerseits stärken die Expertise der armasuisse und reduzieren Ausrichtungs- und Planungsrisiken.

Die Interessen des Rüstungschefs bei der Rüstungsorganisation der Nato (CNAD) werden durch einen armasuisse-Mitarbeiter an der schweizerischen Mission bei der Nato in Brüssel vertreten. Weitere armasuisse-Vertreter aus den Kompetenzbereichen Beschaffung

nehmen im Rahmen von nationalen Rüstungsvorhaben Einsitz in rüstungsspezifischen Fachausschüssen der Nato. Die armasuisse unterhält zudem Beziehungen zur Nato-Unterhalts- und Logistikagentur (*Nato Support Agency, NSPA*) in Capellen, Luxemburg, und nimmt an den Partnerprogrammen Stinger und Amraam teil. Darüber hinaus ist der Kompetenzbereich Wissenschaft und Technologie (W+T) der armasuisse in Arbeitsgruppen der *Nato Science and Technology Organization* vertreten. Die Erkenntnisse aus diesen Gremien sind für die sicherheitsrelevante Forschung nützlich. Mit Unterstützung der armasuisse hat im Oktober die Schweizer Industrie an der von der Nato organisierten Materialausstellung und an der Konferenz der Nato-Industrieberatergruppe (*Nato Industrial Advisory Group*) in Riga teilgenommen. Im November nahm der stellvertretende Rüstungschef an der jährlichen Konferenz der nationalen Rüstungsdirektoren teil.

4. Aktivitäten der Genfer Zentren und der Forschungsstelle für Sicherheitspolitik an der ETH Zürich

4.1 Genfer Zentrum für Sicherheitspolitik

Das Genfer Zentrum für Sicherheitspolitik (GCSP) ist eines der beiden zertifizierten *Partnership Training and Education Centres* (PTEC) der Schweiz. Das primäre Kursangebot des GCSP umfasst den neunmonatigen Ausbildungskurs in Sicherheitspolitik, den dreimonatigen Ausbildungskurs in europäischer Sicherheitspolitik und den dreimonatigen Ausbildungskurs zu den neuen sicherheitspolitischen Herausforderungen. Alle diese Kurse stehen Teilnehmern aus Staaten der Nato, des EAPC und des Nato-Mittelmeerdialogs offen. Das Zentrum führt jeweils auch mehrere Kurz-Kurse durch, die in Genf oder ausserhalb angeboten werden und spezifische Ausbildungsbedürfnisse abdecken.

Das GCSP unterstützte die PfP-Initiative zur Förderung von Transparenz und für die Bekämpfung von Korruption im Verteidigungsbereich. 2012 wurden in diesem Zusammenhang verschiedene Kurse und Seminare, zwei davon mit Beteiligung des GCSP, durchgeführt. Daneben beteiligte sich das GCSP an drei Konferenzen zu diesem Thema.

Der vom GCSP organisierte jährliche PfP-Kurs für höhere Stabsoffiziere (*Annual Senior Officers' Seminar, ASOS*) fand zum fünften Mal in Genf statt.

Als PTEC vertritt das GCSP auch seine Interessen innerhalb der Gruppe zertifizierter PfP-Trainingszentren. Das GCSP unterstützt in diesem Rahmen das *Peace Support Operations Training Centre* in Sarajevo, das als nationales wie auch regionales Ausbildungszentrum zertifiziert wurde. Innerhalb des *PfP Consortium of Defence Academies and Security Studies Institutes* war das GCSP in verschiedenen Arbeitsgruppen aktiv und hat unter Anderem den Co-Chair der neu gebildeten Arbeitsgruppe für *Emerging Security Challenges* übernommen.

Im Weiteren hat das GCSP, zusammen mit der Schweizer Mission in Brüssel, den Workshop *Towards the Chicago Summit: Contributions to the Disarmament Agenda* organisiert und mehrere Experten beigesteuert. Auch die Durchführung des ersten *Functional Clearing House on Defense Education* in Brüssel wurde durch einen Spezialisten des GCSP unterstützt (vgl. auch oben Ziff. 3.1.6).

Weitere Informationen unter www.gcsp.ch

4.2 Genfer Zentrum für die Demokratische Kontrolle der Streitkräfte

Das Genfer Zentrum für die demokratische Kontrolle der Streitkräfte (DCAF) veröffentlichte 2010 im Rahmen des entsprechenden PfP-Treuhandfonds ein Handbuch zu Korruptionsbekämpfung und Integritätsbildung im Verteidigungsbereich. Das Handbuch konnte im Berichtsjahr nun auch in arabischer Sprache vorgelegt werden. Damit liegt die Schrift nun in englischer, russischer, ukrainischer, arabischer und armenischer Sprache vor. Während des Berichtjahres wurden zudem Übersetzungen in die georgische und rumänische Sprache begonnen. Parallel dazu werden Kapazitätsbildungsseminare in den entsprechenden Sprachregionen angeboten. Seit 2012 unterstützt das DCAF auch die Selbst-Evaluierungsprogramme in Südosteuropa.

Der DCAF-Beitrag zum Partnerschaft-Aktionsplan zur Bildung von transparenten und effizienten Institutionen im Verteidigungsbereich (PAP-DIB) wurde durch die französische Übersetzung des Lehrbuchs *Essentials of Defence Institution-Building* ergänzt, womit dieses nun auch in Nordafrika und anderen frankophonen Staaten eingesetzt werden kann.

Auf der operationellen Seite führte das DCAF 2012 seine Unterstützung der Verteidigungsreform in der Ukraine im Rahmen von PfP mit einer Reihe von Projekten weiter. Das DCAF beteiligte sich an einer Evaluation der *Strategic Defence Review* durch ein öffentliches Forum und unterstützte die Nachrichtendienstreform mit dem Programm „Sicherheitsmanagement im demokratischen Staat“. Die Arbeit des Parlamentes wurde durch die

Übersetzung von ‚Modellgesetzen‘ aus europäischen Demokratien unterstützt. Zudem konnte die von DCAF seit 2005 sporadisch publizierte Sicherheitssektor-Gesetzes-sammlung kritisch gesamteditiert und neu aufgelegt werden (aufgrund der hohen Nachfrage per Dezember 2012 bereits in zweiter, von der Nato finanzierte Auflage). Die Zusammenarbeit mit der ukrainischen Verteidigungsakademie wurde fortgesetzt. Die gemeinsam betriebene Website mit einer Sammlung demokratiebezogener Literatur auf Ukrainisch und Russisch (inklusive Kurse zur Kapazitätsbildung), die Benutzern aus der ganzen ehemaligen Sowjetunion zur Verfügung steht, konnte erweitert und durch ein Blog zu aktuellen Entwicklungen im Sicherheitssektor der Ukraine und der Staaten der ehemaligen Sowjetunion ergänzt werden. Die Zusammenarbeit mit der Zivilgesellschaft wurde verstärkt, unter anderem durch Mit-Organisation des *Kiev Security Forum* und Beiträge an Konferenzen über Bevölkerungsschutz und Neutralität.

In Zusammenarbeit mit zentralasiatischen Experten wurde eine Dokumentation der Sicherheits- und Entwicklungskooperation in Zentralasien erstellt. Eine Reihe von Seminaren zur Sicherheits-Gouvernanz im demokratischen Staat konnte in Kirgistan organisiert werden, das 2011 als erster zentralasiatischer Staat dem Stiftungsrat von DCAF beigetreten war, gefolgt von Kasachstan 2012 (allerdings nur mit Beobachterstatus). Das DCAF unterstützte überdies Seminare zur Sicherheitssektorreform in Moldawien und in Armenien, Aserbaidschan und Georgien. Neu konnte in Tadschikistan ein Programm zu Menschen- und Bürgerrechten im Sicherheitssektor angeboten werden. Zudem wurde die Sicherheitssektor-Gesetzgebung von Kirgistan und Tadschikistan einer Analyse durch DCAF-Experten unterzogen und den beiden Parlamenten vorgelegt. DCAF trug im weiteren zur Organisation der vom kirgisischen Ombudsmann für Menschenrechte veranstalteten regionalen Ombuds-Konferenz in Bishkek bei. Vertreter aus Armenien, Kirgistan und Tadschikistan konnten durch Unterstützung des VBS an die Jahresversammlung der Assoziation von Ombudsleuten im Sicherheitsbereich nach Ottawa eingeladen werden.

Das DCAF unterhält Arbeitskontakte zu den Parlamenten verschiedener zentralasiatischer Staaten (inklusive Afghanistan). Im Rahmen dieser Kontakte konnten weitere Kopien des DCAF-Handbuchs zur parlamentarischen Kontrolle des Verteidigungs- und Sicherheitssektors ausgeliefert werden, übersetzt in die jeweiligen Landessprachen. Das Handbuch wurde zugleich neu aufgelegt in Georgisch, Kasachisch, Kirgisisch und Tadschikisch.

Im Rahmen des *PfP Consortium of Defence Academies and Security Studies Institutes* leitet das DCAF die Arbeitsgruppe zur Sicherheitssektorreform. 2012 organisierte DCAF an der Nato-Schule in Oberammergau ein Seminar zum Thema Gender-Ausbildung in der Armee. Schwerpunkte waren der Austausch guter Praktiken und die Entwicklung von Lerninhalten im Bereich Gender und Sicherheit/Verteidigung sowie die Einbindung von UNSCR 1325 in die militärische Ausbildung. Ein Resultat war die Bildung einer Subgruppe, welche unter der Leitung des *Allied Command Transformation* (ACT) in Norfolk zwei neue E-Learning-Kurse erarbeitete. DCAF lieferte den Inhalt aus ziviler Sicht. Im Berichtsjahr fanden mehrere Arbeitstreffen statt; die Kurse werden 2013 fertiggestellt.

Zusätzlich ist DCAF an der Erarbeitung eines Curriculum für die Ausbildung von Unteroffizieren beteiligt, um die Gender-Perspektive von Anfang an mit einzubringen.

Die PfP Consortium-Jahreskonferenz fand im Juni in Tiflis (Georgien) statt. DCAF leitete ein Panel zum Thema Sicherheitssektorreform, in der Menschenrechtsfragen, Mitwirkungsmöglichkeiten von Zivilgesellschaften und Gender-relevante Fragestellungen anhand von Beispielen aufgezeigt wurden. Als Leiter der SSR-Arbeitsgruppen war DCAF auch in den regelmässigen Treffen der Steuerungsgremien vertreten.

DCAF stand im Berichtsjahr auch weiterhin dem *Nato Committee on Gender Perspectives* für weitergehende Information zur Verfügung.

Weitere Informationen unter www.dcaf.ch

Die Parlamentarische Versammlung der Nato, das DCAF und die Schweiz

Die Parlamentarische Versammlung der Nato (Nato-PV) ist eine interparlamentarische Organisation, die heute aus Legislativvertretungen aus den 28 Nato-Mitgliedstaaten sowie aus 14 assoziierten Staaten, inklusive der Schweiz, besteht. Die Nato-PV und die Nato sind rechtlich, finanziell und administrativ unabhängig voneinander. Die Versammlung, die sich hauptsächlich aus fünf Ausschüssen zusammensetzt, hat zwar ausschliesslich beratende Funktion, hat aber in den letzten Jahren auf der Ebene Parlament gleichwohl intensive Arbeitsbeziehungen mit der Nato entwickelt.

Im Rahmen eines ihrer neuen Ziele – der Schaffung der für die Ausübung einer echten demokratischen Kontrolle der Streitkräfte notwendigen parlamentarischen Mechanismen, Praktiken und Kenntnisse – arbeitet die Nato-PV mit dem DCAF zusammen. 2012 konnte mit Parlamentsvertretern aus Staaten der ehemaligen Sowjetunion und des Balkans wiederum eine gemeinsame Seminarreihe über die verschiedenen Aspekte der Beziehungen zwischen dem Zivil- und dem Armeebereich durchgeführt werden. Neu aufgelegt wurde das gemeinsame Handbuch zur parlamentarischen Kontrolle des Sicherheitssektors auf Englisch, Ukrainisch und Russisch.

Die Schweiz gehört der Nato-PV seit 1999 als assoziiertes Mitglied an. Damit kann die Schweizer Delegation, die sich aus je zwei Mitgliedern des Nationalrates und des Ständerates zusammensetzt (in der Regel die Präsidentinnen oder Präsidenten und die Vizepräsidentinnen oder Vizepräsidenten der Sicherheitspolitischen Kommissionen beider Räte) an fast allen Kommissionsarbeiten, an allen Seminaren sowie am Mittelmeerdialog und an den Vollversammlungen (ohne Stimm- und Wahlrecht) teilnehmen.

4.3 Forschungsstelle für Sicherheitspolitik an der ETH Zürich

Das von der Forschungsstelle für Sicherheitspolitik (CSS) an der ETH Zürich betriebene *International Relations and Security Network (ISN)* leistete 2012 die folgenden Beiträge zugunsten der PfP-Staaten:

Im Bereich E-Learning konzentrierte sich das ISN vermehrt auf die Forschung und dabei speziell auf das *Mobile Learning* über Tablet-PCs und Smartphones. Diese Form des E-Learnings bietet wegen des Trends hin zu Mobilgeräten grosses Potenzial. Eine besondere Bedeutung erhält Mobile Learning für internationale Ausbildungsaktivitäten wegen der zunehmenden Verbreitung von mobilen Datennetzen und internettauglichen Smartphones auch in Entwicklungsländern: Mobiles E-Learning ermöglicht dort einer breiten Bevölkerungsschicht den Zugriff auf Bildungsangebote, von denen viele mangels Internetanschluss und PC zuvor ausgeschlossen waren. Zur Unterstützung des mobilen E-Learnings entwickelte das ISN eine Anwendung für Smartphones, die mit dem in PfP-Staaten weit verbreiteten Open-Source-Learning-Management-System „ILIAS“ zum Einsatz kommt. Die für die führenden Betriebssysteme erhältliche App ermöglicht das Lernen mit Lernkarten, deren Inhalte mit bereits bestehenden Werkzeugen von „ILIAS“ erstellt werden. Mit der Einführung der neuen Anwendung im Rahmen der Konferenz der *Advanced Distributed Learning Working Group (ADL-WG)* des PfP Consortiums verfügen deren Mitglieder seit Ende 2012 über ein konkretes Werkzeug für das mobile E-Learning, dessen Einsatz ohne das Erlernen neuer Produktionswerkzeuge möglich ist.

Die Zahl der registrierten Lerner auf der vom ISN betreuten PfP-Consortium-Lernplattform wuchs erneut auf mittlerweile 45'300. Die darauf angebotenen E-Learning-Kurse wurden unter anderem bei PfP-Trainingszentren, den Genfer Zentren, bei diversen nationalen Armeen und, im Kontext von internationalen Kursen, auch bei der schweizerischen Berufsunteroffiziersschule eingesetzt. Mit „Introduction to NATO“ steht über die Plattform auch ein erstes Angebot für Smartphones zur Verfügung. Mit seinen Aktivitäten für die ADL-WG leistete das ISN für die Schweiz erneut einen Beitrag an das *PfP Consortium*. Dank seiner eigenen E-Learning- und Mobile-Learning-Aktivitäten und des fachlichen Austauschs mit Partnerorganisationen verfügt das ISN über umfangreiches Fachwissen rund um den Ein-

satz moderner Technologien für die militärische und sicherheitspolitische Ausbildung. Dieses gab das ISN auch in diesem Berichtsjahr in internationalen Ausbildungs- und Coaching-Aktivitäten zugunsten des PfP Consortiums und des *Allied Command Transformation* (ACT) weiter. Zusätzlich führte das ISN ein grösseres Forschungsprojekt zu neuen E-Learning-Technologien durch, dessen erste Resultate bereits präsentiert wurden.

Die digitale Bibliothek des ISN, die nach wie vor eine der weltweit grössten frei zugänglichen Datensammlungen im Bereich internationale Beziehungen und Sicherheitspolitik bietet, baute ihren Bestand auf rund 60'000 Publikationen aus. Die Bibliothek enthält Bücher im Volltext, Arbeitspapiere, Regierungsberichte, Journalartikel sowie politische Kurzanalysen von mittlerweile 190 Partnerinstitutionen. Das umfangreiche Material steht online auch den Nato- und Partnerstaaten zur Verfügung.

Die Website des ISN wurde im Kontext neuer Medientypen und für einen noch besseren Zugriff auf das wachsende Angebot überarbeitet. Die im Vorjahr gestartete Gestaltung des Inhalts nach einem Editorial Plan und mit zunehmender Berücksichtigung von multimediale Elementen wurde weiter intensiviert. Das multimediale Angebot umfasst mittlerweile 500 Audio-Podcasts und Videos. Gemeinsam mit internationalen Experten und Partnern wurden rund 550 Hintergrundanalysen und Interviews in verschiedenen Formaten, darunter neu auch Blogs, veröffentlicht. Zusätzlich leitete das ISN Massnahmen zum weiteren Ausbau der Community-Arbeit ein.

Das ISN führte mit Vertretern des CSS und von Botschaften anderer Länder eine ganze Serie von akademischen Veranstaltungen für Experten aus dem Bereich der International Relations durch. Ausgewählte Beiträge wurden zusätzlich über die digitale Bibliothek des ISN auch einem breiteren Publikum zugänglich gemacht. Als Beispiel sei der dreitägige Workshop zum Thema „Peacekeeping in Africa“ aufgeführt.

Weitere Informationen unter www.isn.ethz.ch.

5. Anhang

5.1 PfP-Ausbildungskurse der Schweiz

Kurs	Organisation / Durchführung	Teilnehmer / Nationen
PfP/UN-CMCoord Special Course for OCHA Humanitarian Affairs Officers (HAO) Schwerpunktig wurden sich im Einsatz befindende <i>Humanitarian Affairs Officers</i> der UN OCHA aus dem afrikanischen Kontinent eingeladen. Die Zielsetzung war nebst dem Weiterverbreiten von Wissen im Bereich der zivilmilitärischen Koordination auch die Erhöhung des Grundstocks an verfügbaren <i>CMCoord Officers</i> bei den diversen UN OCHA Büros vor Ort.	VBS/UN OCHA	17/13
PfP / 3rd UN-CMCoord Training of Trainers Course (ToT) Der UN-CMCoord ToT Course, welcher weltweit zum dritten Mal durchgeführt wurde, hatte zum Ziel, neue Moderatoren (Facilitators) resp. Kursdirektoren (Course Directors) auszubilden, die in der Zukunft UN-CMCoord Kurse gemäss dem neuen 3-stufigen Konzept durchführen.	VBS/UN OCHA	13/12
CWMC - "Combined Winter Mountain Course" Basic und Advanced 2x 12-tägiger Wintergebirgskurs (Basic und Advanced), der die bisherigen Kurse (WMC - "Winter Mountain Course") und den Kurs Lawinendienst (AVC - "Avalanche Course") kombiniert.	VBS	Basic 14/5 Adv. 8/4
CSMC - "Combined Summer Mountain Course" Basic und Advanced 2x 12-tägiger Sommergebirgskurs (Basic und Advanced), der den bisherigen Grundkurse im Sommer (SMC - "Summer Mountain Training Course") und den bisherigen Such- und Rettungskurs (MSRC - "Mountain Search and Rescue Course") kombiniert.	VBS	Basic 14/5 Adv. 19/6
KOMKA BC - "Media and Communications Training - Basic Course" Grundlagenkurs für Offiziere und zivile Mitarbeiter, die für einen Einsatz als <i>Public Affairs/Press and Information Officer</i> vorgesehen sind. Das Training zielt auf eine korrekte Planung, Durchführung und Evaluation von Medienveranstaltungen unter erschwerten Bedingungen, wie sie in friedensunterstützenden Operationen oder Katastrophenhilfseinsätzen vorkommen.	VBS	9/8
KOMKA AC - "Media and Communications Training - Advanced Course" Fortschrittenenkurs für Offiziere und zivile Mitarbeiter, die bereits einen Einsatz als <i>Public Affairs/Press and Information Officer</i> hinter sich haben und für eine höhere Stufe vorgesehen sind. Das Training soll die Teilnehmer darauf vorbereiten, Kommandanten auf eine korrekte Planung, Durchführung und Evaluation von Medienveranstaltungen unter erschwerten Bedingungen vorzubereiten.	VBS	18/11
ICPSO - "Introductory Course Peace Support Operations - PSO Peace Support Operations - IOE - Interacting Operational Environment - BST - Basic Security Training 15-tägiger Grundlagenkurs für den Friedenseinsatz mit dem Ziel, den Teilnehmern die wichtigsten Instrumente und Fähigkeiten aufzuzeigen und sie auf die Herausforderungen eines internationalen Feldeinsatzes vorzubereiten. Die Module können je nach persönlichem Ausbildungsstand auch einzeln besucht werden.	VBS	51/9 (Apr.) 42/7 (Okt.)
NCO Interim LS - "Non-Commissioned Officers Intermediate Leadership Course" (2 Kurse) Fortschrittenenkurs für höhere Unteroffiziere mit dem Ziel, die Teilnehmer als Chefs auf Stufe multinationale Einheit zu befähigen, ihre Vorgesetzten zu unterstützen, zu beraten und das ethische Bewusstsein im militärischen Umfeld zu fördern. Die Teil-	VBS	28/12 (März) 30/15 (Juli)

Kurs	Organisation / Durchführung	Teilnehmer / Nationen
nehmer sollen ihre eigene Führungs- und Kommunikationsfähigkeiten verbessern.		
NCO Adv LS - "Non-Commissioned Officers Advanced Leadership Course" (2 Kurse) Fortgeschrittenenkurs für höhere Unteroffiziere mit dem Ziel, die Teilnehmer als Chefs zu befähigen, ihre Kommandanten auf Stufe multinationaler Brigade zu unterstützen, ein Beratungssystem im internationalen Umfeld aufzubauen und zu betreiben, ihre eigenen Kommunikationstechniken zu verbessern und das ethische Bewusstsein im militärischen Umfeld zu fördern.	VBS	26/9 (Jan.) 28/12 (Okt.)
IMSMA Advanced - "Introduction to the Information Management System for Mine Action" Die Teilnehmer vertiefen ihr Wissen bezüglich regionalen oder nationalen Datenbanken zur Minen- und Kampfmittelbeseitigungs-Problematik. Sie lernen, die Situation zu analysieren und zu interpretieren und mit dem GIS (<i>Geographic Information System</i>) zu kombinieren.	VBS/GICHD	13/11
EMAP "Evaluation on Mine Action Projects" Ziel dieses Kurses ist es, die Teilnehmer (Mitarbeiter von nationalen Minenräumbehörden, UN-Offizielle sowie Verantwortliche von Geberstaaten, Verteidigungsministerien wie auch Aussenministerien) im Bereich Evaluation so auszubilden, dass sie in der Lage sind, selber Evaluationen durchzuführen. Zudem können die Teilnehmer nach dem Kursassessments von Projektvorschlägen selbstständig durchführen.	VBS/GICHD	24/17
HUMAM "Humanitarian Mine Action and the Military" Einführungskurs in die Grundlagen der humanitären Minenräumung („ <i>five pillars of mine action</i> “). Der Kurs richtet sich an Offiziere, Unteroffiziere und zivile Mitarbeiter in den Verteidigungsministerien, die für den Bereich humanitäre Minenräumung zuständig oder für einen Einsatz vorgesehen sind.	VBS/GICHD	14/11
SUNMOC - "Training Course for Military Observers for UN and OSCE Missions" Einführungskurs für zukünftige Beobachter in UNO-Einsätzen. Schwerpunkte sind neben den Kenntnissen über die internationalen Strukturen die eigene Kommunikationsfähigkeit, der Umgang mit Sicherheitsproblemen und mit den Medien.	VBS	38/12
MILMED "Course on International Law of Armed Conflict for Medical Officers and Young Military Doctors", "Law of Armed Conflict" Ziel dieses Kurses ist es, Ärzte und Medizinalpersonal in die Grundsätze des Kriegsvölkerrechts einzuführen. Besonderes Augenmerk wird auf die spezielle Verantwortung des Medizinalpersonals gelegt. Dazu werden aktuelle Probleme und Herausforderungen in diesem Bereich analysiert und nach Lösungen gesucht. Die Teilnehmer sollen motiviert werden, in ihren Nationen den Unterricht in Kriegsvölkerrecht zu fördern.	VBS	Basic 41/19 Adv. 8/5
Swiss Security Sector Reform (SSR) Level 2-Course In diesem Kurs werden die nachfolgenden Themen im Rahmen von SSR vertieft bearbeitet: <ul style="list-style-type: none">• Kontext der SSR (z.B. lokale Eigenverantwortung, Verantwortlichkeit und Effizienz, Governance des Sicherheitssektors)• Komponenten des Sicherheitssektors (z.B. Polizei-Reformen, Rechtsstaatlichkeit, Verteidigungsreformen)• SSR-Prozesse (z.B. Einschätzungen, Auswertung)• Querschnittsthemen (z.B. Geschlecht, kulturelles Bewusstsein, Zivilgesellschaft und nicht-staatliche Akteure)• Soft-Skills und Tools (z.B. Verhandlungen, Koordination, Stakeholder-Analyse)	VBS	14/9

Kurs	Organisation / Durchführung	Teilnehmer / Nationen
ETC 16 - "Training Course in European Security Policy" Der ETC ist ein jährlich durchgeführter, dreimonatiger Kurs, der sich mit Fragen der euro-atlantischen Sicherheit befasst. Der Kurs richtet sich an Personen, die sich beruflich mit Fragen der Sicherheitspolitik beschäftigen und in einem internationalen Umfeld arbeiten. Der Kurs wird im Rahmen von PfP offeriert, steht aber auch Teilnehmern aus anderen Staaten offen.	GCSP	22/21
ITC 26 - "International Course in Security Policy" Der ITC ist ein jährlich durchgeführter, rund neunmonatiger Kurs, der sich mit Fragen regionaler und globaler Sicherheit befasst. Der Kurs richtet sich an Personen, die sich beruflich mit Fragen der Sicherheitspolitik beschäftigen und in einem internationalen Umfeld arbeiten. Der Kurs wird im Rahmen von PfP offeriert, steht aber auch Teilnehmern aus anderen Staaten offen.	GCSP	30/25
NISC 13 - "New Issues in Security Course" Der NISC ist ein jährlich durchgeführter, dreimonatiger Kurs, der sich mit aktuellen und künftigen Herausforderungen der globalen Sicherheit befasst. Der Kurs richtet sich an Personen, die sich beruflich mit Fragen der Sicherheitspolitik beschäftigen und in einem internationalen Umfeld arbeiten. Der Kurs wird im Rahmen von PfP offeriert, steht aber auch Teilnehmern aus anderen Staaten offen.	GCSP	24/23
Annual Senior Officers' Security and Law Conference, Genf Jährliche dreitägige Konferenz für höhere Stabsoffiziere und Rechtsexperten zu Fragen im Zusammenhang des Comprehensive Approach in multidimensionalen Missionen.	GCSP	37/21
Annual Senior Officers' Seminar (ASOS), Genf Jährliches dreitägiges Seminar für höhere Stabsoffiziere und höheres Kader aus Verteidigungsministerien.	GCSP	35/26
Defence Attaché Orientation Modules Ausbildungsmodul von 4-8 Tagen für Vertreter von Verteidigungsministerien, die in einem multilateralen Umfeld eingesetzt werden. Der Kurs, der im Rahmen von PfP in Genf und ausserhalb der Schweiz durchgeführt wird, steht auch Teilnehmern aus anderen Staaten offen.	GCSP	164/67
3rd Baku Course for Afghan Officials: State and Nation Building in Transition Kurs für ausgewählte Afghanische Beamte aus dem Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten, Justizministerium, Ministerium für des Innern, Afghanistan Independent Human Rights Commission, Staatsanwaltschaft und anderen nationalen oder regionalen Verwaltungseinheiten. Der Kurs wurde von der ADA (Aserbaidschan Diplomatischen Akademie in Baku), Norwegen, Finnland und der Schweiz finanziert. Das GCSP leistete seinen Beitrag im Bereich Fakultätsleistungen und Organisation.	GCSP/ADA	19/1

5.2 Weitere Veranstaltungen

Veranstaltung	Organisation / Durchführung	Teilnehmer / Nationen
Cooperative Development Team Training, Latina (Italien) Beteiligung an einem dreitägigen Training für neue ADL-Produktionsteams Einsatz des ILIAS-SCORM-Editors und Coaching von Workshops	ISN, NATO ACT	50/14
ADL-WG-Workshops, Konferenz und „National ADL Day“, Wien (Österreich) Organisation und Leitung eines eintägigen Workshops, der zweitägigen Konferenz sowie eines halbtägigen Spezialevents	ISN, PfPC	53/18
Teilnahme von Experten des GCSP an zwei Ausbildungskursen zum PAP-DIB in Sarajevo " Building Integrity Course"	GCSP	73/5
14 th Annual Middle East and North Africa Training Course on International Security: New Issues, Genf/Bern	EDA, GCSP	15/14
Technischer SALW Kurs, Thun Der Kurs richtet sich an das operativ tätige Personal der Verifikationszentren der Staaten, die sich in der <i>Multinational Small Arms and Ammunition Group</i> zusammengeschlossen haben und vermittelt Kenntnisse im Rahmen einer Übung zur Beurteilung der Lagerverwaltung und -sicherheit von Kleinwaffen, leichten Waffen und konventioneller Munition.	VBS	20/7
National Security Policy Development in North West Africa: Adapting to a Changing Context, Tunis	EDA, DCAF	43/10
Zermatt Roundtable on Current Security Issues in the North Pacific Region, Zermatt	EDA, GCSP	17/7
3rd Chambésy Roundtable on European Security, Chambésy	EDA, GCSP	26/8
Training workshop on Anti-Money Laundering and Counter-Financing of Terrorism for North and West African States, Abuja	EDA, GIABA, GCTF	41/20
International Forum: "Ukraine's Non-Bloc Policy in the European Context", Kiew	EDA, IWP	135/14

5.3 Finanzen

Aktivitäten VBS	Betrag (in Fr.)	Aktivitäten EDA	Betrag (in Fr.)
Angebote der Schweiz (Kurse, Workshops etc.)	778'855	Angebote der Schweiz (Kurse, Workshops etc.)	269'261
Teilnahmen der Schweiz (Kurse, Workshops etc.)	551'142	Teilnahmen der Schweiz (Kurse, Workshops etc.)	528
Kooperationsprojekte (PfP-Treuhandfonds, Ausbildung)	1'572'044	Kooperationsprojekte (PfP Treuhandfonds, Ausbildung)	290'000
Aussenstellen (Mission bei der Nato in Brüssel und militärisches Berufspersonal bei NATO-Stellen)	527'577		
Aufwendungen VBS	3'424'618	Aufwendungen EDA	559'789
Gesamtaufwendungen 2012			3'984'407

5.4 Abkürzungen

Abkürzung	Bedeutung
ACO	Allied Command Operations
ACT	Allied Command Transformation
ADL-WG	Advanced Distributed Learning Working Group
BWL	Bundesamt für wirtschaftliche Landesversorgung
CEPC	Civil Emergency Planning Committee
COMPASS	Comprehensive Approach Specialist Support Programme
CSS	Forschungsstelle für Sicherheitspolitik
CTAC	Cyber Threat Assessment Cell
DCAF	Geneva Centre for the Democratic Control of Armed Forces
DEZA	Direktion für Entwicklung und Zusammenarbeit
EADRCC	Euro-Atlantic Disaster Response Coordinator Centre
EAPC	Euro-Atlantic Partnership Council
EDA	Eidgenössisches Departement für auswärtige Angelegenheiten
ETHZ	Eidgenössische Technische Hochschule Zürich
EULEX	European Union Rule of Law Mission
GCSP	Geneva Centre for Security Policy
GCTF	Global Counter Terrorism Forum
GIABA	Inter Governmental Action Group against Money Laundering in West Africa
GICHD	Geneva International Centre for Humanitarian Demining
IRCSG	Industrial Resources and Communications Services Group
ISAF	International Security Assistance Force
ISN	International Relations and Security Network
IWP	Institute of World Policy
JHAFG	Joint Health, Agriculture and Food Group
KFOR	Kosovo Force
KSF	Kosovo Security Force
NAC	North Atlantic Council
Nato	North Atlantic Treaty Organisation
Nato-PV	Parlamentarische Versammlung der Nato
NCO	Non-commissioned officer
OSZE	Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa
PAP-DIB	Partnership Action Plan on Defence Institution Building
PARP	Planning and Review Process
PCM	Partnership Cooperation Menu
PfP	Partnership for Peace
PTEC	Partnership Training and Education Centres
SALW	Small Arms and Light Weapons
SSR	Security Sector Reform
VBS	Eidgenössisches Departement für Verteidigung, Bevölkerungsschutz und Sport

5.5 Links

Partnerschaft für den Frieden (PfP), Schweizer Homepage	www.pfp.admin.ch
Forschungsstelle für Sicherheitspolitik, ETH Zürich	www.css.ethz.ch
Genfer Zentrum für die demokratische Kontrolle der Streitkräfte	www.dcaf.ch
Genfer Zentrum für Sicherheitspolitik	www.gcsp.ch
Schweizerische Mission bei der NATO	www.eda.admin.ch/eda/fr/home/topics/intorg/pfp.html